

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und
Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10 190 D

21. 4. 1994

Preis: 1,20 DM

143

Beginn des Münchner Kurdenprozesses

Am 12. April begann in München vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht der Prozeß gegen dreizehn junge Kurden, die im Juni vergangenen Jahres das türkische Konsulat besetzt hatten. Alle für diesen Tag geplanten Demonstrationen wurden verboten, die Stadt wurde von über 3000 Polizisten abgeriegelt, bei Straßen- und Autobahnkontrollen wurden mehrere Menschen festgenommen, u. a. ein Kurde, der angeblich bei der Autobahnblockade im März bei Augsburg beteiligt gewesen sein soll.

Am ersten Prozeßtag stellte die Verteidigung einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens, da zum einen das türkische Konsulat extraterritoriales Gebiet darstelle, für das das deutsche Strafrecht nicht anwendbar sei, zum anderen mache die mit Sicherheit anzunehmende Anwesenheit von Angehörigen des türkischen Geheimdienstes während des Prozesses den Angeklagten eine Verteidigung unmöglich. Das Gericht lehnte den Einstellungsantrag ab. (d. Red.)

Erklärung der Verteidigung im Münchner Kurdenprozeß

1. Am 24. 6. 93 haben unsere Mandanten, zwölf junge Kurden aus der Türkei, z. T. Jugendliche und Heranwachsende, das türkische Konsulat in München besetzt. Sie wollten mit ihrer Aktion die deutsche und internationale Öffentlichkeit auf das Schicksal ihres Volkes in der Türkei aufmerksam machen. Unsere Mandanten handelten in dem Bewußtsein, daß das türkische Militär menschenrechtswidrige Übergriffe gegen die kurdische Zivilbevölkerung ausübt und unschuldige Menschen dabei zu Schaden und zu Tode kommen. In den Familien unserer Mandanten sind Opfer dieser Militärübergriffe zu beklagen. Aus der Betroffenheit über das Schicksal ihrer Angehörigen haben unsere Mandanten gehandelt.

2. Nach übereinstimmenden Berichten von Menschenrechtsorganisationen werden von der türkischen Armee Waffen und Panzerfahrzeuge aus den Beständen der ehemaligen Nationalen

Begreifen, "Daß Isolation Folter ist und daß sie die gleiche Funktion hat wie physische Folter. Nicht nur sofort Informationen zu erlangen, sondern langfristig den einzelnen Gefangenen seiner Geschichte zu berauben, seiner Identität zu berauben, seiner ganzen Persönlichkeit, ihn umzudrehen."

Kämpfen

"Aus der Gewißheit, daß das Ziel, für das auch ich kämpfe, nicht nur meines ist, sondern das der Mehrheit der Menschen auf der ganzen Welt. Aus der Gewißheit, daß es richtig und gerechtfertigt ist, mit einem System Schluß zu machen, es umzuwälzen, weil es die Mehrheit der Menschen nicht leben läßt, sondern umbringt."

Zitiert aus Interviews mit Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF - seit über 21 Jahren in Trosthaft

**IRMGARD MÖLLER
MUSS RAUS**

Süddeutsche Großdemonstration:

Samstag, 23. April, München

- Keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei und sonstwohin
- Einstellung der Verfahren und sofortige Freilassung der kurdischen polit. Gefangenen
- Schluß mit der Militär- und Waffenhilfe an die Türkei

- Sofortige Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Türkei
- Kein Tourismus in die Türkei
- Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen in der BRD
- Für ein selbstbestimmtes Kurdistan

**11.00 Uhr, Auftaktkundgebung
Bayerisches Innenministerium, Odeonsplatz**

☆ Wut und Entsetzen über den Mord an Lizzy Schmidt

☆ Bericht über die Informationsveranstaltung zu Bad Kleinen am 24. 3. in Frankfurt a. M.

☆ Schluß mit der Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten!

☆ Im Knast ist nichts von Dauer — Georges Cipriani ist erneut im Hungerstreik

Volksarmee der DDR gegen kurdische Zivilisten eingesetzt. Die deutsche Waffenhilfe an die Türkei wird so zur Mittäterschaft an den militärischen Übergriffen gegen die Kurden. Deshalb haben unsere Mandanten gefordert:

— Bundeskanzler Kohl solle sich bei der türkischen Regierung persönlich dafür einsetzen, daß der Krieg in Kurdistan beendet wird und die Kampfparteien zu friedlichen Verhandlungen übergehen

— Bundeskanzler Kohl solle sofort die Waffenhilfe an die Türkei stoppen und

— Bundeskanzler Kohl solle in einer Fernsehansprache die Öffentlichkeit über die Situation in Kurdistan informieren. Nach einem Gespräch mit dem Staatsminister im Bundeskanzleramt Schmidtbauer, bei dem dieser unseren Mandanten die Prüfung ihrer Anliegen zugesagt hat, beendeten unsere Mandanten ihre Aktion und stellten sich friedlich der Polizei.

3. Unsere Mandanten haben während ihrer Aktion die Angestellten des türki-

schen Generalkonsulats festgehalten. Kranke wurden sofort und alle Frauen nach einigen Stunden freigelassen. Alle festgehaltenen Personen wurden von unseren Mandanten gut behandelt, mit Essen und Trinken versorgt, sie durften mit ihren Angehörigen auch während der Besetzung der Botschaft telefonieren. Unsere Mandanten haben die Angestellten des Konsulats nie im unklaren darüber gelassen, daß sich ihre Aktion nicht gegen sie richtet und daß ihnen von seiten der Konsulatsbesetzer nichts geschehen werde.

4. Die Bundesanwaltschaft hat jegliche Ermittlungen gegen unsere Mandanten in Richtung auf Mitwirkung in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung eingestellt. Ursprüngliche Verdächtigungen dieser Art sind fallengelassen worden. Die jetzigen strafrechtlichen Vorwürfe laufen auf Nötigung von Verfassungsorganen und Geiselnahme. Beide Straftatbestände sehen, jedenfalls nach dem Erwachsenenstrafrecht, langjährige Haftstrafen vor. Danach droht

unseren Mandanten die Abschiebung in die Türkei, was weitere langjährige Inhaftierung, Folter und Tod bedeuten kann. Das Strafverfahren gegen unsere Mandanten darf weder von der Bundesanwaltschaft noch von der Bundesregierung für eine außenpolitische Demonstration gegenüber der Türkei, sei es als ein Angebot zur Zusammenarbeit mit einem Staat, in dem die Menschenrechte mißachtet werden, sei es als Ergebnissadresse an einen NATO-Partner, benutzt werden.

aus: *Lokalberichte München* Nr. 8/194

Spendenkonto

Es gibt ein zentrales Konto, auf das Spenden für die inhaftierten Kurdinnen und Kurden in der BRD eingezahlt werden sollen:

Rechtsanwältin H. Krause,
Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Köln
BfG, BLZ 370 101 11, Konto-Nr. 1007 180300,1
Stichwort: PKK-Verbot

Die Anwälte bitten darum, Spenden nur auf dieses zentrale Konto zu überweisen.

Prozesse am 2. und 3. 5. in Istanbul

Ende März nahmen mehrere Menschen aus Berlin an zwei Prozessen in Istanbul als Beobachter teil: Am 21. 3. lief der Prozeß gegen 22 Personen, die der Mitgliedschaft in Devrimci Sol beschuldigt werden. Am 22. 3. fand gegen 11 Personen ein Prozeß statt, die für die legal erscheinende sozialistische Wochenzeitung *Devrimci Cözüm* arbeiten und die ebenfalls alle der Mitgliedschaft in Devrimci Sol beschuldigt werden. Sämtliche Aussagen der Angeklagten wurden den Inhaftierten während der ersten 15 Tage Haft unter Folter durch die politische Polizei erpreßt, indem sie mit verbundenen Augen vorgefertigte Protokolle unterschreiben mußten. Alle Anklagen basieren auf dem Anti-Terror-Gesetz, das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß lautet siebenmal Todesstrafe, fast alle anderen ab 15 Jahre aufwärts. Keinem der Angeklagten (bis auf zwei, die sich dazu bekannten, aber feststellten, daß sie weder an der Vorbereitung noch an der Durchführung von Aktionen beteiligt waren) konnte eine Mitgliedschaft zu Devrimci Sol nachgewiesen werden.

Da die nächsten Prozeßtermine am 2. und 3. Mai stattfinden, wollen wir vor allem Anwälte und Presse (internationaler Presseausweis!) auch auf diesem Wege informieren und zum Prozeß mobilisieren. Als groben Zeitplan haben wir den 30. 4. bis 5. 5. ins Auge gefaßt; neben der Teilnahme am Prozeß besteht die Möglichkeit zu Gesprächen mit Anwälten der Angeklagten sowie MitarbeiterInnen der Zeitschrift *Devrimci Cö-*

züm und der Zeitung *Özgür Gündem*. Die Chancen, die Gefangenen im Knast Gebze zu besuchen und mit ihnen zu reden, sind gut.

Weitere Infos zum Prozeß über: Komitee für angewandten Internationalismus, c/o agit-druck, Tel.: (030) 6 14 65 48, Fax: (030) 6 15 31 83

Mahmut darf nicht ausgeliefert werden!

Im *Angehörigen Info* 138 haben wir bereits über Mahmut Özpölat berichtet. Zur Erinnerung: Er ist Gewerkschafter und wurde in der Türkei wegen seiner politischen Arbeit verfolgt. Nach dem Militärputsch in der Türkei mußte er ins Exil gehen — seit 1981 lebt er in Berlin. Er wurde nach der UN-Konvention offiziell als Flüchtling anerkannt und erhielt einen UN-Flüchtlingspaß sowie eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Am 22. 12. 93 wurde Mahmut aufgrund eines Auslieferungsantrages der Türkei festgenommen und ist seitdem in der JVA Moabit in Haft.

Das Berliner Kammergericht hat nun am 21. 2. 94, obwohl Mahmut seit 1988 als politischer Flüchtling gemäß der UN-Konvention anerkannt ist, beschlossen, dem Ansinnen der türkischen Regierung stattzugeben und ihn an die Türkei auszuliefern. Die Entscheidung darüber, ob diese Auslieferung tatsächlich umgesetzt wird, liegt jetzt beim Justizministerium in Abstimmung mit dem Außenministerium.

medico international ruft dazu auf, an die Bundesjustizministerin zu schreiben und sie aufzufordern, die Auslieferung von Mahmut Özpölat abzulehnen. Adresse: Frau Leutheusser-Schnarrenber-

ger, Bundesministerin der Justiz, Bonn, Telefax: (0228) 58 45 25.

Überfälle auf die politischen Gefangenen in Kurdistan

Diyarbakir: Am 31. 3. 94 um 14.00 Uhr waren Beamte des Justizministeriums im Typ E-Gefängnis (Hochsicherheitsknast) zu einer Untersuchung. Am Abend stürmten rund tausend *jandarmen* das Gefängnis. Sie drangen in die Zellen ein, vernichteten die Lebensmittel der Gefangenen, zerstörten ihre Geräte und verprügelten sie. Viele Gefangene haben Arm- und Rippenbrüche und Kopfverletzungen. Der Überfall fand statt, weil die Gefangenen sich weigerten, vorgefertigte Geständnisse zu unterschreiben, und sich nicht zwingen ließen, Agenten der türkischen Sicherheitskräfte zu werden. Die Angehörigen machten am 1. 4. 94 im IHD (Menschenrechtsverein) eine Pressekonferenz. Ebenso wie die Gefangenen sagten sie, sie würden sich selbst verbrennen, wenn die Repressionen gegen die Gefangenen nicht eingestellt werden. In Buca sind die politischen Gefangenen seit dem 2. März im Hungerstreik. Sie akzeptieren nicht, daß sie „Geständnisse“ unterschreiben sollen. Deshalb werden sie geschlagen. Ein Gefangener erlitt schwere Folter. Die Gefangenen wurden von Buca aus nach Izmir zum Staatssicherheitsgericht gebracht. Sie sind angeklagt als PKK-Mitglieder. Vor und nach der Verhandlung wurden sie brutal geschlagen. Auch in Nazilli werden ständig Gefangene geschlagen, die wegen Mitgliedschaft in der PKK im Knast sind. (nach: *Özgür Gündem*, 2. 4. 94)

Trauer und Entsetzen über den Mord an Lizzy Schmidt

Am Abend des 3. April erreichte uns die erschütternde Nachricht, daß die 35jährige Journalistin Lizzy Schmidt im Nordirak aus dem Hinterhalt erschossen wurde. Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, die jahrelang mit der Ermordeten zusammengearbeitet hat, erklärt zum Tod der Journalistin:

Lizzy Schmidt war mehr als eine Journalistin, sie war ein nicht wegzudenkender Teil der Solidaritätsarbeit mit und in Kurdistan. Wer immer auch die tödlichen Schüsse am Sonntag abgegeben hat, er hat nicht nur Lizzy Schmidt und ihren Begleiter ermordet, sondern ein Stück Leben und Solidarität grausam aus unserer Mitte gerissen.

Es gab genug Gründe dafür, daß Lizzy Schmidt, deren Berichte auch oft unter dem Namen Milena Ergin erschienen, viele Feinde hatte.

Während der Krisenjahre in den kurdischen Regionen war sie oft das einzige Bindeglied zwischen türkisch und irakisch Kurdistan und ihren kurdischen und deutschen Freundinnen und Freunden hier. Egal ob durch ihre Veröffentlichungen, ihre Schilderungen der Probleme und deren politischen Ursachen in Kurdistan, ihre Dokumentationen

von Vertreibung und Mord oder durch ihre Tätigkeit für die Frankfurter Hilfsorganisation medico international in Kurdistan wie auch durch ihre Zusammenarbeit mit in der Türkei bedrohten Journalisten: mit ihren Berichten über die wirklichen Täter und das Schicksal der Opfer wurde die Anzahl ihrer Feinde immer größer.

Immer dann, wenn in Deutschland der Völkermord an den Kurden wieder in Vergessenheit zu geraten drohte, war es Lizzy Schmidt, die auf Friedensdemonstrationen und unzähligen Veranstaltungen (zuletzt im Herbst '93 im Rahmen der Kampagne „Schweigen tötet — Frieden jetzt!“) Solidarität mit Kurdistan einforderte.

In den letzten Jahren fand sie ihren Lebensmittelpunkt und ihre Familie in irakisch Kurdistan. Die türkischen Behörden haben 1991 die damals in der Türkei lebende Journalistin ausgewiesen und ein Einreiseverbot gegen sie verhängt. Die Verantwortlichen für den Völkermord am türkischen Volk in der Türkei griffen zu dieser Maßnahme, weil sie die schonungslosen Berichte über Folter, Massaker und Mord nicht anders unterdrücken konnten. Es waren türkische Spezialeinheiten, die, als der Beer-

digungszug des ermordeten Vedat Aydin von türkischem Militär angegriffen wurde, die Journalistin schlugen und ihr Dokumentationsmaterial vernichteten.

Stationen der persönlichen Erinnerung bleiben gegenwärtig: Die erste Begegnung mit Lizzy Schmidt, bei der sie klarmachte, daß Friedenspolitik auch Menschenrechtspolitik für Kurdistan sein muß, daß das kurdische Volk ein Recht auf Solidarität und Selbstbestimmung hat, weil es vor allem deutsche Waffen und Beziehungen zu Saddam Hussein und zum NATO-Partner Türkei sind, die dieses Recht blutig unterdrücken. Gemeinsame Besuche in den Flüchtlingslagern irakischer Kurden im türkischen Mardin und Mus, nächtelange Diskussionen bei kurdischen Freunden in der türkisch-irakischen Grenzregion während des zweiten Golfkrieges, Delegationsfahrten, die ohne die Unterstützung der fließend türkisch und kurdisch sprechenden Freundin nicht so erfolgreich hätten stattfinden können, gemeinsame Fahrt durch das befreite Südkurdistan, Ideenaustausch für Hilfsprojekte in der Region am Tigris...

Stationen der Erinnerung, die für unser gegenwärtiges und zukünftiges Handeln zugleich Verpflichtung sind. Kurdistan hat durch die gewaltsam gerissene Lücke mehr als eine gute Freundin verloren. Wir können diese Lücke nicht schließen.

Pressedienst Bündnis 90/Die Grünen, 4. 4. 94

Das Plakat zu Irmgard Möller (siehe Seite 1) (zweifarbige/schwarz-blau) ist zu bestellen über die „Initiative für die Freilassung von Irmgard Möller“, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Kosten: 50 Stück 20 DM, 100 Stück 40 DM etc. plus 8 DM Versandkosten. Ab 150 Stück 12 DM Versandkosten. Überweisung an den „Verein zur Förderung von Infos über politische Gefangene in der BRD e.V.“, Stichwort: „Plakat Irmgard“, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1127210829. Einzahlungsbeleg bei Bestellung beilegen.

Studentenparlament für Freilassung von Irmgard

Bei der letzten Sitzung des 23. Studentinnen- und Studentenparlaments am 29.3. in Frankfurt a.M. wurde eine Resolution für die sofortige und bedingungslose Freiheit von Irmgard Möller einstimmig angenommen.

Den bereits für diese Ausgabe angekündigten V. Teil zu Irmgard — ihr zweiter Prozeß 1977/78 und die Rolle des Kronzeugen Müller — mußten wir leider auf das nächste Info verschieben.

Angehörige Kinder malen für politische Gefangene

Wir werden in der nächsten Zeit viel Geld für die Prozeßarbeit brauchen, sind aber in der glücklichen Lage, nicht einfach um Spenden bitten zu müssen. Wir haben die bunten Postkarten als Gegenleistung.

16 Stück 20 DM einschl. Porto

3 Serien und mehr 18 DM je Serie plus 5 DM Porto

Bitte Vorauskasse oder Scheck.

Bestellungen an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 050205, 65929 Frankfurt a. Main.

*Daß du dich wehren
mußt, wenn du nicht
untergehen willst, das
wirst du doch einsehen.*

Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet. Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte & gegen die gewehrt, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.

*Wir brauchen Geld für
ihre Unterstützung.*

Spendet an: R. Stüker
Stichwort: „Antifa“
Kto-Nr: 240 297 679
Sparkasse Berlin
BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und
UnterstützerInnen,
c/o Kreuzbüro, Großbeer-
enstr. 89, 10963 Berlin

An der Veranstaltung nahmen etwa 800 Menschen teil. Großer Saal und Balkon im Volksbildungsheim waren überfüllt. Die Zuhörer bewahrten bis zum Schluß der Veranstaltung großes Interesse und gespannte Aufmerksamkeit. Diese starke Beteiligung, die alle Erwartungen übertraf, war eine eindrucksvolle Solidaritätskundgebung für die Bemühung, die Wahrheit über Bad Kleinen herauszufinden. Im folgenden wird versucht, die Aussagen der Referenten zusammenzufassen.

Ulla Jelpke, für die PDS im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses des Bundestages, zeichnete in ihrem Beitrag nach, wie von Seiten der Politiker und der beteiligten Sicherheitsapparate BKA, GSG9, Bundesanwaltschaft (BAW) und Geheimdiensten durch Lüge, Vertuschung, Geheimhaltung, Unterdrückung und Vernichtung von Beweismitteln, systematischer Irreführung der Öffentlichkeit usw. einer der größten Skandale seit Bestehen der BRD im Bereich der Inneren Sicherheit — der sehr begründete Verdacht, daß der verletzte und wehrlose Wolfgang Grams von einem Sicherheitsbeamten regelrecht hingerichtet worden ist — zu einem Selbstmord umgelogen wurde.

Während die Staatsanwaltschaft Schwerin Anfang Juli 1993 einen Selbstmord noch definitiv ausschloß, kam der Abschlußbericht der Bundesregierung vom 9.3.1994 zu dem Ergebnis, Wolfgang Grams habe zweifelsfrei Selbstmord begangen. Die diesem Bericht zugrundeliegenden Gutachten aus Münster und Zürich sind aber keineswegs so eindeutig. Was aus ihnen deutlich wird, ist, daß sich mit den heute noch vorhandenen Spuren und Beweismitteln nicht beweisen läßt, daß Wolfgang ermordet wurde. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, waren fast 30 gravierende „Pannen“ bei Tatortarbeit und Spurensicherung durch das BKA notwendig, die u. a. mit „Irrtum“, „unzureichender Erfahrung“, „Mißverständnis“ usw. erklärt wurden. Nötig war auch eine Politik der Geheimhaltung in bezug auf den V-Mann Klaus Steinmetz, bei dem bis heute nicht klar ist, welche Geheimdienste mit seinen Informationen gearbeitet haben. Nötig war schließlich eine partielle Ermittlungsarbeit, die die Kioskbesitzerin als unglaublich darstellte, den GSG9-Beamten dagegen trotz der Feststellung, daß sie sich untereinander abgesprochen und ihre Erinnerungen nach den Vernehmungen jeweils „fortentwickelt“ hatten, Glaubwürdigkeit bescheinigte.

Die parlamentarischen Gremien des Bundestages wurden nicht oder systematisch desinformiert. Auf keine der relevanten Fragen gab es Antwort, eine genaue Festlegung des Geschehensab-

Informationsveranstaltung zu Bad Kleinen am 24. 3. 94 in Frankfurt a. M.

laufs wurde zunächst vermieden. Jede neue Unterrichtung des Parlaments entfernte sich weiter von der Wahrheit, legte immer mehr die Selbstmordversion fest. Der Abschlußbericht der Bundesregierung soll nur dazu dienen, BKA und GSG9 freizusprechen. Die PDS hat zu diesem Bericht noch 87 Fragen als Kleine Anfrage formuliert.

Ulla Jelpke bewertete das Verhalten der Bundesregierung und der Sicherheitsbehörden in bezug auf die Vorgänge in Bad Kleinen so:

In diesem Staat ist die polizeiliche Arbeit immer mehr in den geheimen Bereich gerückt worden. Bad Kleinen hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten dazu führt, daß der Apparat der Inneren Sicherheit zu einer unkontrollierbaren, ungeheuren Macht verschmilzt, bei gleichzeitiger Ausschaltung der parlamentarischen Kontrolle.

Ursula Seifert, die Rechtsanwältin von Birgit Hogefeld, berichtete über die zerstörerischen Isolationshaftbedingungen, denen Birgit ausgesetzt ist. Sie stellte sie in den Zusammenhang mit den Haftbedingungen der politischen Gefangenen seit 1970. (Aus Platzgründen verzichten wir hier auf die Darstellung dieser Bedingungen im einzelnen und verweisen auf die Berichte der Anwälte und von Birgit selbst in den *Angehörigen Infos* 125, 129 und 139.)

Rechtsanwalt Berthold Fresenius, Birgits zweiter Verteidiger, berichtete darüber, wie der Haftbefehl gegen Birgit wegen Mordes in Bad Kleinen zustande gekommen ist. Zunächst war von der BAW verbreitet worden, Birgit habe die Schießerei auf dem Bahnhof begonnen. Sehr rasch wurde aber klar, daß Birgit schon vor dem Schußwechsel festgenommen worden war, und die BAW nahm ihre Behauptung zurück.

Solange Bad Kleinen als Skandal galt, hielt es wohl niemand für politisch opportun, Birgit eines Mordes zu beschuldigen. Erst als in der Presse lanciert worden war, daß das Ermittlungsverfahren gegen die GSG9-Beamten wahrscheinlich eingestellt werde, beauftragte die BAW Ende November 1993 einen Haftbefehl gegen Birgit wegen Mordes in Bad Kleinen. Dies wurde damit begründet, daß Wolfgang den GSG9-Mann Newrzella erschossen habe und Birgit dafür mitverantwortlich sei, weil beide „entsprechend der von den RAF-Mitgliedern für eine derartige Situation vorgesehenen, ständig geübten und in zahlreichen Urteilen rechtskräftig fest-

gestellten Verhaltensweisen einig“ gewesen seien, „sich nicht widerstandslos festnehmen zu lassen“, sondern sich in gegenseitiger Unterstützung den Fluchtweg freizuschließen. Im Februar 1994 erließ der Ermittlungsrichter beim BGH einen entsprechenden Haftbefehl mit der Ergänzung, Wolfgang habe von Birgits Festnahme nichts gewußt.

Rechtsanwalt Fresenius verwies auf zahlreiche Widersprüche in dieser an sich schon absurden Begründung. Er teilte auch mit, daß zwischen Antrag und Erlaß dieses Haftbefehls ein seit Jahren bekannter Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz der Verteidigung signalisiert habe, bei einer gewissen Kooperationsbereitschaft von Birgit sei die Mordanklage zu kippen; eine Kooperation könne auch Rückwirkungen haben auf den Verlauf künftiger Festnahmeaktionen.

Rechtsanwalt Fresenius forderte dazu auf, alles zu unternehmen, damit nicht am Ende von Bad Kleinen ein Selbstmord, eine Mörderin und eine GSG9 ohne Erfolg stehe.

Rechtsanwalt Thomas Kieseritzky, Anwalt der Familie Grams, beschrieb sehr anschaulich das Polizeivideo mit Aufnahmen vor und nach der Schießerei in Bad Kleinen. Die entscheidenden Momente sind aber wegen eines angeblichen Akku-Ausfalls nicht zu sehen. Er zog Parallelen zu anderen „Pannen“ in vergleichbaren Fällen, wo Beweismaterial für Polizisten hätte belastend sein können.

Er schilderte dann, welche Schwierigkeiten ihm und Rechtsanwalt Andreas Groß bei ihrem Versuch, als Nebenklagevertreter ihr Recht auf Akteneinsicht wahrzunehmen, von der Schweriner Staatsanwaltschaft gemacht worden waren. Drei entsprechende Anträge der Anwälte wurden auf Veranlassung des Bundesinnenministeriums abgelehnt; sie mußten ihr Recht auf Akteneinsicht gerichtlich durchsetzen.

Nach einer ersten Durchsicht der Akten sind die Anwälte überzeugt, daß das offizielle Ermittlungsergebnis, Wolfgang Grams habe Selbstmord begangen, von den Tatsachen nicht getragen wird.

Rechtsanwalt Kieseritzky kritisierte scharf die Einsetzung eines staatlichen „Sonderermittlers“ zu Bad Kleinen und die Art und Weise, wie die GSG9-Beamten ihre Zeugenaussagen nach dem jeweiligen Stand der Ermittlungen korrigieren konnten.

Abschließend stellte er eine These auf, von der er sich in diesem Fall auch leiten lasse, und die laute, daß es in jeder Sondereinheit der Welt einen Kodex ge-

be: „Wer einen unserer Kameraden umbringt, ist selber tot“, nach dem die GSG9 in Bad Kleinen möglicherweise gehandelt habe.

Dagegen betonte Rechtsanwalt Andreas Groß, er halte diese These für nicht ausreichend. Er stellte Bad Kleinen in den politischen und historischen Kontext der polizeilichen Todeschüsse in den letzten 23 Jahren bei der Fahndung nach der RAF; er verwies auch (anhand von Beispielen) auf die Tradition polizeilicher Tötung von Oppositionellen seit Bestehen der BRD. Bad Kleinen sei Ausdruck eines Vernichtungsinteresses des Staates, das sich auch gegenüber den politischen Gefangenen äußere, die seit vielen Jahren in Isolationshaft gehalten werden.

Rechtsanwalt Groß bat um Verständnis dafür, daß sie als Anwälte der Nebenkläger jetzt noch nicht öffentlich bekanntmachen könnten, auf welche Punkte sie ihre Beschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen gegen die GSG9-Beamten stützen würden. Er nannte einige konkrete Fälle der Vernichtung von Spuren und Beweismitteln, die die Arbeit der Anwälte sehr erschweren. Dabei von „Pannen“ zu reden, diene nur der Desinformation und Verdummung. Er stellte einige Widersprüche in den verschiedenen Zeugnisaussagen dar, die Ansatzpunkte für die Beschwerde bieten könnten. Hinsichtlich der Gutachten bekräftigte er die Einschätzung von Ulla Jelpke, daß diese nur darauf zielten, festzustellen, ob es Beweise gäbe, die zwingend gegen Selbstmord sprächen. Das hatten die Gutachter verneint. Ein konkreter Beweis für einen Selbstmord lasse sich daraus nicht so einfach herleiten. Die Anwälte haben eine Reihe eigener Gutachten in Auftrag gegeben und sind sehr zuversichtlich, daß sie damit die Gutachten der Ermittlungsbehörden widerlegen können.

Abschließend betonte Rechtsanwalt Groß, daß er diese Arbeit der Anwälte für wichtig halte, auch wenn manche, auch aus der linken Szene, deren Sinn bezweifeln, weil der Staat ohnehin alles unter den Teppich kehren werde. Es sei richtig und möglich, den politischen Preis, den der Staat für seine Lügen zahlen müsse, so hoch wie möglich zu treiben. Es könne sein, daß dann doch noch Anklage gegen die beiden GSG9-Beamten erhoben und ihnen der Prozeß gemacht werde. Dabei gehe es nicht in erster Linie um deren Bestrafung, sondern darum, den Lügen und Vertuschungen durch den Staat ein Ende zu setzen.

Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, begann seinen Beitrag mit der Feststellung, Bad Kleinen sei ein Lehrbeispiel dafür, wie der Rechtsstaat

den Vorwurf eines staatlichen Mordes kleinarbeiten und zu einem nicht bewiesenen Selbstmord umdefinieren könne, ohne daß sich die demokratische Öffentlichkeit darüber erregte. Bad Kleinen sei kein Einzelfall, sondern ein besonders krasser Ausdruck für eine fatale Gesamtentwicklung der „Inneren Sicherheit“.

Beispielhaft dafür sind Entstehung, Entwicklung und Einsätze der Sonderpolizeitruppen von Bund und Ländern.

Seit 1972 gibt es die GSG9 als „Anti-Terror-Einheit“ des Bundesgrenzschutzes. Es gibt ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) des BKA, dessen Existenz erst durch Bad Kleinen bekannt wurde. Auf Länderebene gibt es die MEKs der Kriminalpolizeien und die Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Bereitschaftspolizeien, Zielfahndungskommandos, Präzisionsschützenkommandos. Die Gesamtstärke dieser „Elitopolizisten“ beträgt mehrere tausend Mann. Ferner gibt es in einigen Ländern spezialisierte Sondereinheiten wie USK, EbLT, E-Schichten usw.

Die Mitglieder der Sondereinsatztruppen erhalten wie die GSG9 eine geheimpolizeiliche und geheimdienstliche Spezialausbildung, Schwerpunkt des Schießtrainings ist der gezielte Todeschuß. Ihr Einsatz ist umfassender, sie treten oft durch besondere Brutalität in Erscheinung. Auf ihr Konto geht eine Reihe von Todesschüssen auf gesuchte RAF-Mitglieder oder unbeteiligte Menschen.

Rolf Gössner beschrieb dann die Einzelheiten der GSG9-Ausbildung, zu der neben ständigem harten Training auch psychologischer Drill gehört. (Aus Platzgründen verzichten wir hier ebenfalls auf die Wiedergabe der Details.)

Öffentliche Kontrolle dieser Spezialeinheiten findet praktisch nicht statt. Beim Verdacht einer Straftat ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft „in eigener Sache“. Wenn einem Polizisten eine Tötung oder schwere Körperverletzung zur Last gelegt wird, bleibt er anonym und wird unter einer Code-Nummer geführt, eine Praxis, die von mehreren Gerichten gebilligt wurde. Die Beamten werden psychologisch betreut. Auch die in Bad Kleinen eingesetzten GSG9-Beamten blieben anonym und hatten die Möglichkeit zur Zeugenabsprache. Es bleibe nichts anderes übrig, als die GSG9 und alle Sondereinheiten aufzulösen.

Die angeblichen Pannen von Bad Kleinen sind mit individuellem Fehlverhalten nicht erklärbar. Die Vorgänge müssen in einen größeren Zusammenhang gestellt werden. Gegenwärtig läuft unter Legitimationsformeln wie „wachsende Kriminalität, organisierte Kriminalität, neonazistische Gewalt“ eine Sicherheitsoffensive der Bundesregierung. Die schon vollzogenen oder geplanten gesetzlichen Änderungen greifen teilweise tragende Verfassungsprinzipien und die Substanz von Bürgerrechten offen an. Die Geheimdienste sollen polizeiliche Befugnisse erhalten und bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des „Internationalen Terrorismus“ eingesetzt werden. Zugleich sollen die geheimdienstlichen Maßnahmen, die das BKA seit 20 Jahren praktiziert, legalisiert werden. Ein Bundessicherheitsamt soll geschaffen werden, in dem BKA, BGS, BND und die BAW koordiniert werden. Seit 1991 gibt es schon die „Koordinationsgruppe Terrorismus“ (KGT), in der Justiz, Innenbehörden und Geheimdienste zu-



Bild: Veranstaltung zu Bad Kleinen, in Frankfurt, 24.3.94, Foto-Gruppe Rhein/Main, jg.

sammenarbeiten. Eine vergleichbare Koordinationsgruppe gibt es inzwischen gegen den Rechtsextremismus. Diese Einrichtungen laufen dem Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten zuwider, das nach den Erfahrungen mit der Gestapo im Grundgesetz festgeschrieben wurde. Weil die Polizei inzwischen eine solche Fülle von exekutiven und geheimdienstlichen Mitteln in den Händen hat, daß sich Überschneidungen mit dem Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes ergeben, ist eine ständige Koordination notwendig, die Aufweichung/Überwindung des Trennungsgebotes damit institutionalisiert.

Rolf Gössner schloß seinen Beitrag mit der Hoffnung, daß die Arbeit der Anwälte mehr Opposition gegen die Nicht-Aufklärung von Bad Kleinen in Gang bringe, und dem Vorschlag, trotz des Scheiterns eines Versuchs, eine unabhängige internationale Expertenkommission zu Bad Kleinen zu bilden, die die Arbeit der Anwälte begleitet und unterstützt.

Aus dem Publikum gab es neben Informationsfragen den Hinweis, daß die Verhaftung von Birgit Hogefeld laut einem Zwischenbericht ursprünglich als von der Öffentlichkeit unbemerkte Entführung mit anschließender zweitägiger

Nachrichtensperre geplant gewesen sei, ein Verfahren, das an Spanien, die Türkei und lateinamerikanische Staaten erinnere und die Vorstufe dazu sein könne, während dieser Zeit der Abschotung den gefangenen Menschen zu folgen.

Rechtsanwalt Hans-Joachim Weider von der Vereinigung Hessischer Strafverteidiger, der die Veranstaltung geleitet hatte, faßte das Ergebnis der Beiträge so zusammen:

Der Vorwurf des Mordes gegen Birgit Hogefeld ist nicht zu halten und muß fallengelassen werden;

das Ermittlungsverfahren gegen die GSG-9-Beamten wegen Mordes an Wolfgang Grams muß wieder aufgenommen werden;

Auflösung aller Sondereinheiten einschließlich der GSG 9.

Vorbereitungsgruppe im „3. Welt“-Haus

Strafbefehl gegen Konkret GSG 9 „beleidigt“

Auf Antrag der Staatsschutzeinheit GSG 9 hat das Amtsgericht Hamburg jetzt einen Strafbefehl über 3000 Mark (ersatzweise 30 Tage Haft) wegen „Beleidigung“ gegen den verantwortlichen Redakteur der Hamburger Zeitschrift

Konkret erlassen. Laut der Begründung des Gerichts werde damit die Veröffentlichung des Artikels „Ein Staat sieht rot“ von Oliver Tolmein in *Konkret* 8/93 geahndet, der sich mit der Staatsschutzaktion am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen beschäftigt hatte.

Als beleidigend erkannte das Gericht die folgenden darin enthaltenen Sätze: „Dabei spricht mittlerweile immer mehr dafür, daß es sich bei den Todeschüssen in Bad Kleinen keineswegs um eine Tat im Affekt oder um das Durchdrehen eines einzelnen Beamten gehandelt hat, sondern um eine von der Einsatzleitung mindestens billigend in Kauf genommene, wenn nicht sogar gewünschte Ermordung eines linken Staatsfeindes ... Die Vernehmung (der GSG-9-Beamten) ist Zeitungsberichten zufolge unter Bedingungen durchgeführt worden, die die GSG 9 als eine Art Todesschwadron erscheinen lassen ... Weitere Details, zum Beispiel das Verschwinden von angeblich vorhandenen Blutresten an Grams rechter Hand, das Fehlen von Blutflecken an dem Ort, an dem der GSG-9-Beamte angeblich erschossen worden sein soll, und dessen auffällig schnelle Beerdigung vervollständigen den Eindruck einer systematischen Irreführung der Öffentlichkeit über einen bewußt durchgeführten Mord.“ (aus: *Neues Deutschland*, 28. 3. 94)

Schluß mit der Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Wieder erreichten uns Informationen über Repression gegen und Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten, und sicherlich sind auch diese nicht vollständig — wir wollen zum Beispiel nur daran erinnern, daß nach wie vor § 129 a-Ermittlungsverfahren gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen laufen. Ungezählt — und hier ungenannt — sind die Fälle, bei denen z. B. Antifaschisten im Zusammenhang mit Aktivitäten und Demonstrationen gegen Faschisten und Rassisten von der Polizei gefilmt und kontrolliert, auch vorläufig festgenommen werden und nicht selten mit Strafanzeigen zu rechnen haben. Solche Einschüchterungsversuche gehören häufig ebenso dazu wie manches gewaltsame Auflösen von Kundgebungen und Demonstrationen unter Knüppel- und Wasserwerfereinsatz.

Wir haben die letzten Informationen, die uns erreichten, zusammengestellt:

Prozeß gegen Gunther

Am 25. April 1994 wird am Landgericht Mainz der Prozeß gegen Gunther, einen Antifaschisten aus Wiesbaden, er-

öffnet. Gunther wird im Zusammenhang mit einem Treffen der verbotenen Nazi-Organisation „Deutsche Alternative“ (DA) „schwerer Landfriedensbruch“ vorgeworfen. Antifaschisten hatten versucht, das „Kameradschaftstreffen“ von Anhängern der DA am 6. 1. 1993 in Mainz zu verhindern. Hierbei wurden einige Faschisten leicht verletzt, und ein paar Autoscheiben gingen zu Bruch.

Während die Faschisten ihr Treffen auf dem bundesweit bekannten Anwesen des Nazi-Ehepaars Müller in Mainz-Gonsenheim fortsetzten, machte die Polizei im gesamten Stadtgebiet Jagd auf AntifaschistInnen und errichtete Straßensperren. Über drei Stunden nach den Auseinandersetzungen wurde Gunther, ein aktiver Antifaschist, der mit seinem Fahrzeug allein auf dem Weg von Mainz nach Wiesbaden war, von einem Streifenwagen überholt, gestoppt und durchsucht. Gunther wurde aufgrund des Tatverdachts des „schweren Landfriedensbruchs“ verhaftet und saß fünf Monate in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt in Mainz. (...)

Objektiv wurde die fünfmonatige Un-

tersuchungshaft, gegen die Gunthers Verteidigung Haftbeschwerde eingelegt hatte, auf der Grundlage von politischen Motiven verfügt. (...) „Der Beschuldigte ist, wie sich aus den Ermittlungsakten ergibt, Mitglied einer sich antinational, sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe ...“ (*Ablehnung der Haftbeschwerde durch das Landgericht vom 8. 2. 93*) (...)

Obwohl das Nazi-Treffen am 6. 1. 93 den Behörden in Mainz bekannt war und auch unter deren Beobachtung stand, hielten diese es nicht für nötig, entsprechend der Verbotsverfügung des Bundesinnenministers vom Herbst 1992 gegen die DA vorzugehen. Kein Einzelfall — vielmehr die gängige Praxis der Mainzer Polizei und Justiz, die seit Jahren tatenlos zusehen, wie die Gärtnerei des Ehepaars Müller in Mainz-Gonsenheim zu dem bedeutendsten Zentrum der westdeutschen militanten Neonazi-Szene avanciert ist. Auf dem Gelände der Gärtnerei Müller finden seit zwanzig Jahren Organisationstreffen und Nazifeierlichkeiten statt. (...)

Kommt alle zur Prozeßberöffnung!

25. 4. 94, 8.30 Uhr

**Kundgebung am Gerichtsgebäude,
Diether v. Isenburg-Straße, Mainz**

(aus einem Flugblatt der Solidaritätsgruppe Gunther)
Spendenkonto: Wiesbadener Volksbank, BLZ 51090000, Kto-Nr. 14926518, Kennwort: Gunther

Gewalttätiger Polizeieinsatz und 87 Festnahmen in Stuttgart

Anlässlich eines „Jubiläumsballs“ zum zehnjährigen Bestehen der REPs in Baden-Württemberg fand eine Demonstration mit ca. 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum Veranstaltungsort, dem Stuttgarter Kongreßzentrum, statt. In der Nähe des Kongreßzentrums versuchte die Polizei, die Demonstration abzuwürgen. Der massive Schlagstockeinsatz — in einem Bericht aus Stuttgart dazu ist von gezielten Schlägen ins Gesicht, die zu beobachten waren, die Rede — führte zu zahlreichen Verletzungen, hauptsächlich Kopfverletzungen wie Platzwunden und Gehirnerschütterungen. Etliche Personen mußten stationär im Krankenhaus behandelt werden. Insgesamt wurden 87 Menschen festgenommen und bis zu 9 Stunden in zum Teil völlig überbelegten Zellen festgehalten. Bisher soll es Ermittlungsverfahren gegen 20 Personen geben, vorgeworfen wird ihnen (Verdacht auf) schwerer(n) Landfriedensbruch.

(nach einem Flugblatt von autonomen antifaschistischen Gruppen aus Stuttgart)

Juristisches Nachspiel einer Straßenblockade in Kaiserslautern

Am 5.6.93 blockierten ca. 25 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Kaiserslautern eine Straßenkreuzung, um damit gegen die Morde in Solingen zu

protestieren. Zwei Teilnehmer wurden — dabei von der Polizei kurzzeitig festgenommen. Einige Wochen später wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Einer der Antifaschisten wurde bereits vor Gericht zu 1300 DM Schadensersatz verurteilt: ein Autofahrer machte Reparaturkosten für sein angeblich bei der Blockadeaktion beschädigtes Fahrzeug geltend.

Am 18.1.94 wurde den drei übriggebliebenen Antifaschisten die Anklageschrift zugestellt, nach der ihnen Nötigung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und fahrlässige Körperverletzung vorgeworfen wird. Wann der Prozeß gegen sie beginnt, ist (uns) noch nicht bekannt.

Spenden für die Prozeßkosten können überwiesen werden auf das Prozeßkonto: Kreissparkasse Kaiserslautern, Konto-Nr. 100845630, BLZ 54052626, Stichwort „Blockade“.

(nach einem Bericht der Prozeßgruppe „Blockade“, aus: K-Butt Nr. 7)

Prozeß gegen zwei Antifaschisten in Bonn

Am 14.4. begann vor dem Amtsgericht in Bonn ein Prozeß gegen Rainer R. und Thomas L. Es geht dabei um die Vorkommnisse während eines Polizeieinsatzes am 3.9.93 vor der Gaststätte „BLA BLA“. In einer Presseerklärung vom 10.4.94 anlässlich des Prozeßbe-

ginnns schreibt die Pressestelle der Antifa Bonn/Rhein-Sieg dazu: „Die Brutalität, mit der die Polizei an jenem Abend vorging, war nicht umsonst mehrere Tage Thema der Lokalpresse. Der Polizei wurde von mehreren Beteiligten vorgeworfen, aus nichtigem Anlaß (kurzzeitige Verkehrsbehinderung durch zwei Jugendliche) mit Schlagstöcken und Fußtritten gegen Konzertbesucher vorgegangen zu sein. Vorausgegangen waren kurze Wortgefechte zwischen Polizeibeamten und Besuchern. Höhepunkt der Aktion war die Festnahme von vier jungen Leuten, unter ihnen auch (Rainer R.), der das Konzert organisiert hatte. Beim verbalen Protest gegen die Mißhandlung eines bereits am Boden liegenden und gefesselten jungen Mannes durch die Polizeibeamten wurde auch er zu Boden gerissen, gefesselt und geschlagen.“ Konsequenz dieses Einsatzes: Anklage gegen die beiden Antifaschisten wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Beamtenbeleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Da Rainer bereits vor zwei Monaten zu einer Haftstrafe von 6 Monaten auf 3 Jahre Bewährung verurteilt wurde — „schwerer Landfriedensbruch“ anlässlich einer Kundgebung gegen die REPs vor zwei Jahren —, „begreifen wir diese Anklage als exemplarische Aburteilung eines aktiven Antifaschisten“. Bis Redaktionsschluß war über Fortdauer/Ausgang des Prozesses nichts bekannt. (d. Red.)

Im Knast ist nichts von Dauer

Georges Cipriani erneut im Hungerstreik

Drei Monate, so scheint es, setzte der französische Staat an, um die Auswirkungen einer bisher fast achtjährigen Isolationshaft so weit zu beheben, daß sie wieder anwendbar ist.

Am 7. April 1994 wurde Georges Cipriani, politischer Gefangener aus Action Directe, von Metz nach Fresnes zurückverlegt, in die gleiche Isolations-Sonderabteilung, in der er zuvor jahrelang war und in der sich auch Jean Marc Rouillan nach wie vor befindet.

Am selben Tag nahm er den Hungerstreik wieder auf, den er am 1.11.93 begann und am 10.1.94 aussetzte.

Georges wurde im Sommer 1993 fünf Wochen lang zwangspsychiatrisiert und -behandelt, als die herrschende Wahrnehmung des Knastpsychiaters von Fresnes zu dessen Entscheidung führte, daß die Protestformen von Georges in jener Zeit unsinnig — wahnsinnig — krank und daher behandlungswürdig,

sprich: reparierbar seien. Georges selbst hatte für sich gefordert, daß die Ursache seines Zustands, nämlich die Isolationshaftbedingungen, verändert werden müsse. Nach der Psychiatrisierung kam zu dieser Forderung eine weitere, zentrale hinzu: die Zulassung eines Arztes seines Vertrauens, mit der er die Folgen der Haft besprechen und die Art und Weise der Therapie unter angemessenen Bedingungen, die seiner Situation entsprechen, selbst bestimmen kann.

Am 1.11.93 begann er dafür einen Hungerstreik, den er am 10.1.94 aussetzte, nachdem seine Verlegung nach Metz in Aussicht gestellt wurde und somit eine Übergangssituation geschaffen war: Sowohl im Knastkrankenhaus von Fresnes, wohin er während der ersten Streiketappe verlegt wurde, als auch die drei Monate in Metz befand er sich in Normalvollzugsbedingungen. Eine Übergangssituation, die zwar von Anfang an durch die im Mai zu erwartende Fortsetzung des letzten Prozesses gegen Action Directe in Paris zeitlich begrenzt war und die seine zentrale Forderung in keiner Weise berücksichtigte, die aber dennoch eine Veränderung bedeutete,

deren Weiterführung während und nach dem Prozeß offen war. In diesem Widerspruch entschied er sich im Januar für die Streikaussetzung.

Nun wurde er wieder in die gleiche Sonderabteilung verlegt, in der er krank wurde. Kurz zuvor lehnten die Pariser Justizbehörden den Antrag einer gutachterlichen Stellungnahme durch einen Arzt, der Georges' Vertrauen besitzt, ab und forderten gleichzeitig ein solches Gutachten beim Knastarzt von Metz ein.

Die Zeit des Übergangs ist damit beendet, die Wegweiser zeigen in die Richtung des fortgesetzten Kampfes gegen das Vernichtungsprogramm, kämpfen, um zu leben.

Georges' neue Adresse: Georges Cipriani, 843455 DI/51b, Allée des Thuylas, F-94261 Fresnes CEDEX.

13.4.1994

Die Prozeßklärung sowie eine Zusammenstellung zur Situation von Georges (Stand Januar 1994 inkl. Hungerstreik- und Aussetzungserklärung) sind für 8 DM (in Briefmarken) zu bestellen bei:

Antifa Nachrichten, Stichwort „Dossier“, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken.

Prozeß gegen Bernhard und Michael beendet

Am Dienstag, den 15.3., ist in Aachen der Prozeß gegen Bernhard und Michael (siehe u. a. auch den Bericht über den ersten Prozeßtag im *Angehörigen Info* 137) nach sechs Verhandlungstagen zu Ende gegangen. Die beiden wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt: Michael wegen Sachbeschädigung an fünf Shell-Tankstellen zu einem Jahr und Bernhard wegen Sachbeschädigung an vier Shell-Tankstellen zu elf Monaten, beides auf drei Jahre Bewährung.

Zu Beginn des Prozesses verlasen die beiden eine kurze Erklärung; wir sind von Michael und Bernhard gebeten worden, sie zu veröffentlichen, „auch deshalb, weil — nicht zuletzt in der Urteilsbegründung — im Laufe des Verfahrens deutlich wurde, daß wir aus politischen Gründen verurteilt worden sind“.

„Wir wollen jetzt ganz kurz folgendes sagen:

1. Auf die in der Anklage erhobenen Vorwürfe werden wir hier nicht eingehen; einfach deshalb, weil es für uns keine Kommunikation mit Unterdrückungsinstrumenten wie Richter Bender oder Staatsanwalt Geimer geben kann. Wir haben geschwiegen, als die B. uns vernehmen wollten, und werden das natürlich auch jetzt tun. Das Prinzip „Anna und Arthur halten das Maul“ funktioniert nur, wenn sich alle daran halten, d. h. ob das Schweigen leicht- oder schwerfällt, ist dabei unerheblich.

2. Die Repression in den letzten zwei Jahren war umfangreich und bestand aus einem Bündel von Maßnahmen: Zimmerdurchsuchungen, Beschlagnahmeaktionen, Befragungen von Eltern und MitstudentInnen über unsere Lebensgewohnheiten; Observationen bei allen möglichen Gelegenheiten, Verschwindenlassen von Post, versuchte Heranführung von Spitzeln an uns usw.; aber es bringt nichts, auf die Repression zu starren, wenn wir in unserer antagonistischen Subjektivität überleben wollen.

Wir alle müssen jeden Tag immer wieder neu um unsere eigenen Werte kämpfen und unsere bürgerliche Subjektivität Schritt für Schritt verlassen.

Nur die Glaubwürdigkeit uns selbst und anderen gegenüber wird es uns ermöglichen, in der permanenten Konfrontation den Zugriff auf die BRD-Realität zu erkämpfen. „die reale Hoffnung ist“, sagte Brigitte Mohnhaupt voriges Jahr, „was wir selbst tun können, aus unserer eigenen Kraft. und daß wir darin nicht aufgeben. nur so können wir die gesamte situation wieder aufbrechen und verändern.“

Aktueller Stand bei den Verfahren gegen das Info

Da uns doch häufiger Anfragen erreichen, wieviele Ermittlungsverfahren gegen welche Ausgaben des *Angehörigen Infos* inzwischen schon bzw. noch bestehen, hier ein kurzer Überblick:

Ein § 90a- und § 129a-Verfahren besteht bei den Ausgaben 117 (Beitrag von Gisel Dutzi auf einer Pressekonferenz am 14.4.93 in Bonn) und 122 (Dokumentation der Bekennterschreiben der RAF zu den Anschlägen gegen Haig, Ramstein und Kroesen). Gegen die Ausgabe 121 läuft ein § 90a-Verfahren wegen des Artikels „Zur Geschichte von Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF“. Das bisher letzte eingeleitete Verfahren (§ 90a) betrifft die Erklärung der Angehörigen in der Ausgabe 124. Die § 90a-Verfahren wegen der Ausgaben 115 und 118 sind zwischenzeitlich eingestellt worden. (d. Red.)

Termine

Bremen. 22.4., 19.00 Uhr, Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstraße, Veranstaltung und Filmvorführung „was aber wären wir für menschen“, mit Armin Nowerla, bis 1977 einer der Verteidiger von Gefangenen aus der RAF in Stammheim.
Kaiserlautern. 23.4., Demonstration gegen Repression und Kriminalisierung von AntifaschistInnen, 11.00 Uhr Auftaktkundgebung, St. Martins Platz, De-

monstrationsbeginn 12.00 Uhr, anschließend Volksküche im „Lokal-Kolorit“, Gasstr. 41/Ecke Wilhelmstr.

München. 23.4., süddeutsche Großdemonstration, 11.00 Uhr Auftaktkundgebung, Bayerisches Innenministerium, Odeonsplatz.

Saarbrücken. 28.4., 19.00 Uhr, Alte Feuerwache, Kinosaal, Veranstaltung zu den in Berlin inhaftierten türkischen und kurdischen AntifaschistInnen.

Antifaschistische Woche in Kaiserslautern

21.4., 20.00 Uhr, Informationsveranstaltung zum Thema *Frauen im Widerstand* mit Gerda Szeponski (Berlin), „Lokal-Kolorit“, Gasstr. 41/Ecke Wilhelmstr.; **22.4., 20.00 Uhr,** Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema *Kriminalisierung von Antifaschisten aus Rheinland-Pfalz*, „Lokal-Kolorit“, Gasstr. 41/Ecke Wilhelmstr.; **25.4., 20.00 Uhr,** Film „was aber wären wir für menschen“, Hörsaal H2, Fachhochschule II (Kammgarn); **26.4., 20.00 Uhr,** *Hitler war kein Betriebsunfall*, Informationsveranstaltung mit Emil Carlebach (Frankfurt a. M.), „Lokal-Kolorit“, Gasstr. 41/Ecke Wilhelmstr.; **27.4., 20.00 Uhr,** *Kriminalisierung von MigrantInnen*, Informationsveranstaltung mit einer Solidaritätsgruppe aus Berlin, „Lokal-Kolorit“, Gasstr. 41/Ecke Wilhelmstr.; **29.4., 19.00 Uhr,** „Die Auschwitz-Lüge“ oder: *Von der Entsorgung der deutschen Geschichte durch den Geschichtsrevisionismus*, Informationsveranstaltung mit Ulrich Schneider, „Lokal-Kolorit“, Gasstr. 41/Ecke Wilhelmstr.

Hamburg. 6.5., 19.30 Uhr, GWA (Kolibri), *Totgesagte leben länger*, Lesung mit Claus Goldenbaum.

Prozeßtermine

Prozeß gegen Eva Haule

Am 28.4. werden die Verteidiger von Eva ihre Plädoyers halten, am 9.5. soll die Urteilsverkündung sein. OLG Frankfurt, Konrad-Adenauer-Str./Ecke Seilerstr., Beginn jeweils 9.30 Uhr.

Prozeß gegen Irlinnen in Celle

Das Verfahren gegen Poilin Ó'Catháin, Donncha Ó'Catháin und Pdraigh Murray wird fortgesetzt. Die nächsten Termine sind am 27.4., 10.00 Uhr; 28.4., 9.00 Uhr. Oberlandesgericht Celle, Saal 94, Eingang Kanzleistraße. Personalausweis mitbringen.

Am 22.4. hat Luise Dellwo, die Mutter von Karl-Heinz Dellwo, Geburtstag. Dir die besten Wünsche und alles Gute!

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 050205, 65929 Frankfurt/M. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein/Hamburg m. b. H., Palmaille 24, 22767 Hamburg. V. i. S. d. P.: Jeannette Hülbig. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel.: (040) 38 13 93, Fax: (040) 3 89 83 31 (mit Empfängermerk). Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1330/110055. — Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein/Hamburg m. b. H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Kt.-Nr. 54 54 19 4.